

Wien war's

Neue Überlegungen zum Beginn des Ersten Weltkrieges

Florian Keisinger

Das öffentliche Interesse am Ersten Weltkrieg ist nach den zahlreichen Gedenkveranstaltungen und Buchveröffentlichungen anlässlich der 100. Jahrestages abgeflaut. Der unangefochtene Sieger der jüngsten Deutungsrunde heißt Christopher Clark. Mit seiner Chiffre der europäischen Großmächte als „Schlafwandler“, die im Sommer 1914 mehr oder weniger gleichermaßen schuldbehaftet in den Krieg taumelten, hat der in Cambridge lehrende Australier eine Lesart etabliert, ohne die seither nicht nur kein Text über den Ersten Weltkrieg mehr auskommt, sondern die auch Eingang in den politischen Diskurs gefunden hat: Als rhetorischer Warnhinweis für alle möglichen geostrategischen Herausforderungen, deren Bewältigung politischen Gestaltungswillen erfordert, vom Aufstieg Chinas über den Expansionsdrang Russlands bis zum Klimawandel. Ein Grund für den internationalen Publikumserfolg Clarks (deutschsprachige Startauflage: 100.000 Exemplare) dürfte gewesen sein, dass er keiner Nation allzu heftige Schuldzuweisungen machte. Vielmehr lautet sein Fazit: In allen beteiligten Staaten habe es Kriegstreiber gegeben, gleichwohl überwog überall die Überzeugung, unter von anderen Mächten gesetzten Zwängen agieren zu müssen. Einzig in Serbien fühlte man sich von Clark ungerecht dargestellt; von der „Dämonisierung Serbiens“ durch den Westen war in akademischen und politischen Kreisen die Rede.

Die Debatte geht weiter

Den serbischen Befindlichkeiten zupasskommen dürfte, dass die Diskussionen weitergehen. In der aktuellen Ausgabe der *Historischen Zeitschrift* befasst sich der irische Historiker William Mulligan mit der Frage, wie ein 1908 eingetretener Wandel des Europa-Begriffs den seit dem Wiener Kongress gültigen normativen Ordnungsrahmen des Mächtekonzernts aushöhlte und so den Kriegsausbruch 1914 forcierte. Und es ist an erster Stelle Österreich-Ungarn, das Mulligan dabei ins Fadenkreuz nimmt („Die Balkankriege, die Veränderung diplomatischer Normen und der Weg in den Weltkrieg“, in: *Historische Zeitschrift*, Band 312, Heft 3, S. 687-721).

Für Südosteuropa waren die politisch-territorialen Koordinaten auf dem Berliner Kongress 1878 festgelegt worden. Diese erwiesen sich trotz des nationalen Unabhängigkeitsstrebens der unter osmanischer Vorherrschaft stehenden Balkanstaaten als recht stabil. Das Nationalitätsprinzip hatte sich zwar zunehmend etabliert, galt aber vorerst nur für große Nationen wie Deutschland oder Italien. Das Spannungsfeld europäisches Konzert versus Nationalitätsprinzip verursachte immer wieder Konflikte und auch kleinere Kriege, auch weil Russland sich den Slawen des Balkans verpflichtet fühlte, war jedoch letztlich einem europäischen Konsens untergeordnet, der sich im Grundsatz an die Stabilisierungsvereinbarungen der bestehenden internationalen Abkommen hielt.

Diese Ordnung, so Mulligan, wurde 1908 vom Habsburgerreich mit der widerrechtlichen Annexion Bosnien-Herzegowinas zertrümmert. Das Vorgehen Wiens erwies sich als fatal. Es brachte den Österreichern kurzfristig kaum Machzuwachs, löste aber eine veritable europäische Krise aus; und wichtiger: es markierte den Anfang vom Ende des bis dato gültigen Normengerüsts internationaler Politik. Das ahnten bereits die Zeitgenossen, wenn im verbündeten Berlin konstatiert wurde, dass mit dem österreichischen Alleingang „das Vertrauen auf internationale Verträge einen tödlichen Stoß erlitten“ habe.

Normenverschiebung in Europas Ordnungsrahmen

Die Folge war, dass sich die Großmächte nach 1908 nicht mehr an internationale Vereinbarungen gebunden fühlten, sondern stattdessen zu einem neuen Ordnungsinstrument griffen – dem Nationalitätsprinzip. In den Balkankriegen 1912/13 wurde dieses für die europäische Politik handlungsleitend, und auch in den Öffentlichkeiten erfreuten sich die kleinen Balkanstaaten wachsender Beliebtheit. Exemplarisch festmachen ließ sich das an der wiederum von Österreich-Ungarn initiierten Gründung Albanien, das als Pufferstatt den serbischen Zugang zum Mittelmeer verhindern sollte. Zwar widersetzte sich Russland dem Ansinnen, konnte es aber nicht verhindern. Obwohl die Gründung Albanien 1912 vordergründig einen Erfolg der österreichisch-ungarischen Diplomatie darstellte, handelte es sich um einen Pyrrhussieg, der einerseits die Wankelmütigkeit des Habsburgerreichs hinsichtlich seiner eigenen Ordnungsvorstellungen offenbarte, und andererseits deutlich machte, dass ein gemeinsamer europäischer Gestaltungsrahmen, anders als in den Jahrzehnten zuvor, nicht länger existierte.

In der Julikrise 1914 konnte Serbien daher mit guten Gründen auf seine nationale Souveränität pochen, als es die schikanösen österreichischen Forderungen in Folge der Ermordung des habsburgischen Thronfolgers zurückwies. Die Argumentationslinie dafür hatte Wien selbst geliefert, indem es mit der Annexion Bosnien-Herzegowinas und der Gründung Albanien die Normenverschiebung vom Europa-Begriff zum Nationalitätsprinzip aktiv vorangetrieben hatte.

Das fehlende gemeinsame Normengerüst erschwerte die europäische Krisenbewältigung im Sommer 1914 und trug dazu bei, dass die friedliche Konfliktbeilegung diesmal versagte. Eine Verständigung schien auch aufgrund des vorangegangenen Wandels der Denkmuster nicht mehr möglich. Allen voran Österreich-Ungarn hatte zwischen 1908 und 1912/13 das europäische Wertesystem aus den Angeln gehoben, jenen Ordnungsrahmen, der nicht nur ein Garant für den Frieden in Europa war, sondern auch den eigenen Fortbestand als Vielvölkerstaat sicherte.

Die von Mulligan konstatierte Normenverschiebung im Europa-Diskurs der Großmächte seit 1908 flankiert bestehende geopolitische Argumentationsmuster und liefert eine erfrischend neue Facette beim Blick auf den Kriegsausbruch 1914. Sie könnten den Einstieg in die Abkehr vom bequemen „Schlafwandler“-Konsens markieren, nach dem alle europäischen Mächte gleich viel (oder gleich wenig) Schuld hatten. 🌐



Florian Keisinger

geb. 1979, Historiker, arbeitet bei Airbus

Florian.keisinger@gmail.com

In eigener Sache



Hinweis des Verlages

Bei Heft Nr. 178 (Juli 2021) kam ein Teil der Auflage fehlerhaft aus der Druckerei direkt in den Abo-Versand. Wir bitten das zu entschuldigen. Wenn Sie einen Fehldruck bekommen haben, informieren Sie uns bitte (redaktion@welttrends.de) und wir schicken Ihnen gern ein neues Heft zu.

Ihr *WeltTrends*-Verlag